STANDPUNKTE

O4 In eigener Sache Am Anfang war ein Brief

Der Südlink – 200 Mal kritische Nord-Süd-Berichterstattung. Von Michael Krämer

Kommentar

Verklärte Vergangenheit

Wie der Erdrutschsieg von Ferdinand Marcos Junior auf den Philippinen zustande kam. Von Gerold Schmidt

05 Kolumne Afghanistan nach dem Abzug

Die Taliban sind wieder an der Macht. Doch sie treffen auf ein verändertes Land und eine neue Generation, die sich ihre Hoffnungen nicht nehmen lässt. Von Jasamin Ulfat-Seddigzai

Contraction Contraction Contr

MAGAZIN

Der Krieg gegen die Ukraine verschärft die globale Preis- und Ernährungskrise. Es braucht strukturelle Antworten. Von Lena Bassermann und Lena Luig

10 Gefährliche Enthaltsamkeit
Zahlreiche Länder Afrikas setzen im Krieg
Russlands gegen die Ukraine auf Neutralität. Dies könnte
dem Kontinent noch schaden. Von Henning Melber

DOSSIER

12 Zivilgesellschaft unter Druck
Weltweit beschränken Staaten die Handlungsräume ziviler Gruppen und gehen teils gewaltsam gegen
diese vor. Doch viele Aktive lassen sich nicht einschüchtern. Von Christian Jakob

16 Zwischen Mut und Repression Vom Widerstand gegen Bergbau und der Notwendigkeit wirksamer Lieferkettengesetze. Von Lara Louisa Siever

18 Nur eine Illusion?
Was bringt das Abkommen von Escazú? Ein PRO & CONTRA von Jesús Guarneros und Diana Murcia Riaño







Besuchen Sie uns auf: www.inkota.de und www.suedlink.de



Titelfoto: Protest in Hongkong im Sommer 2019 Foto: Studio Incendo (CC BY 2.0)

INHALT . EDITORIAL

»Populismus wünscht Ja-Sager*innen« Ursula Prutsch im Interview über Populismus und Zivilgesellschaft auf dem amerikanischen Kontinent

Eine Region am Abgrund Zentralamerika ist von Korruption und Autoritarismus geprägt. Zivilgesellschaftliche Organisationen geben nicht auf. Von Marco Pérez Navarrete

' Juristische Schikanen Agentengesetze – ein perfides Instrument zur Kriminalisierung und Stummschaltung der Zivilgesellschaft. Von Ingrid Wehr

Herrschaft der Straflosigkeit
Verbrechen gegen Journalist*innen werden in vielen Ländern Ostafrikas nicht verfolgt. Verschiedene Organisationen setzen sich für eine Arbeit ohne Zensur ein. Von Robert Wanjala

Die psychische Belastung der Revolution Der Widerstand gegen Myanmars Militärjunta hat bei vielen Menschen Auswirkungen auf die mentale Gesundheit. Selbstsorge ist nötig. Von Vero Liria

Die »größte Demokratie der Welt«? In Indien wird es immer gefährlicher sich für Menschenrechte einzusetzen und der Raum für zivilgesellschaftliches Engagement kleiner. Von Noah Ellmann

Shrinking Spaces in China In Hongkong und auf dem chinesischen Festland werden Proteste und der Einsatz für bessere Arbeitsbedingungen immer schwieriger. Von May Wong

KULTUR & ALLTAG

>Dialogbereitschaft über alle Grenzen« Teresa A. Braggs im Interview über ihren Blick auf die Student*innenproteste in Indien und ihr Selbstverständnis als Dokumentarfilmerin

Gegen weiße Privilegien Zwei neue Bücher geben Anstöße, um rassismuskritisch denken und handeln zu lernen. Von Magdalena Freudenschuss

Rezensionen Niklas Franzen erklärt, wie Jair Bolsonaro Präsident Brasiliens werden konnte • Olaf Bernau beleuchtet Fluchtursachen in Westafrika und die Fehler der europäischen Politik • Olivia Otele gibt afrikanischen Europäer*innen eine Stimme Damon Galgut erzählt von den vielen Versprechungen im neuen Südafrika

Kurzmeldungen, Lesetipps, Termine

EDITORIAL

Liebe Leser*innen,

Vietnam, Indien, Mosambik, Nicaragua, Guatemala, El Salvador - fast alle Partnerländer von INKOTA leiden darunter: Shrinking Spaces, Schrumpfende Handlungsspielräume. Dann agieren Regierungen zunehmend autoritär und betrachten zivilgesellschaftliche Organisationen als Gegner. Und behandeln sie auch so. Längst nicht nur die bereits genannten Länder sind davon betroffen. Nach Angaben der aktuellen Ausgabe des »Atlas der Zivilgesellschaft«, den das internationale Netzwerk Civicus und in Deutschland Brot für die Welt herausgeben, leben inzwischen 70 Prozent der Weltbevölkerung in Staaten mit »unterdrücktem« oder »geschlossenem« zivilgesellschaftlichem Raum. In dieser letzten von fünf Kategorien bestehen keinerlei Freiheiten mehr für regierungsunabhängiges Handeln. Seien es Basisbewegungen oder Nichtregierungsorganisationen, Medien oder Gewerkschaften – sie sind verboten oder dürfen nur noch in einem sehr engen, vom Staat vorgegebenen Rahmen tätig sein.

Christian Jakob schildert in seinem Einleitungsbeitrag zu unserem Dossier zahlreiche Beispiele, was es konkret bedeutet, in Ländern zu arbeiten, deren Zivilgesellschaft nicht »offen« ist. Das reicht von bürokratischen Schikanen über einzelne Drohungen bis hin zu brutaler Gewalt gegen jene, die sich für soziale Gerechtigkeit, Menschenrechte oder den Schutz der Umwelt einsetzen. Aber nicht nur vom Staat geht Gefahr aus. Auch Unternehmen oder Großgrundbesitzer setzen ihre Interessen immer wieder skrupellos durch. Wer versucht, sich für jene einzusetzen, die von Megaprojekten oder staatlicher Willkür betroffen sind, lebt besonders gefährlich: Nach Angaben der NGO Frontline Defenders wurden im vergangenen Jahr 358 Menschenrechtsverteidiger*innen ermordet.

Besonders gefährdet sind Aktivist*innen im globalen Süden - sie können sich aufgrund schwacher und nicht unabhängiger Justizsysteme nur selten erfolgreich juristisch gegen Unrecht wehren. Im globalen Norden verschlechtert sich die Lage ebenfalls. Civicus charakterisiert allein in der EU zwei Länder mit »beschränktem« zivilgesellschaftlichen Raum: Ungarn und Polen. Auch andere Länder greifen in Freiheitsrechte ein. Ein Blick auf die Abschottungspolitik der EU gegen Geflüchtete offenbart Verstöße gegen grundlegende Freiheits- und Menschenrechte.

In Zeiten wachsenden Drucks auf zivilgesellschaftliches Handeln wird internationale Solidarität mit jenen immer wichtiger, die von staatlichen oder nichtstaatlichen Akteuren bedrängt, bedroht und verfolgt werden. Das heißt auch, Öffentlichkeit zu schaffen, wenn Menschen oder Organisationen ihrer Rechte beraubt werden. Dies macht INKOTA auf vielfältige Weise, nicht zuletzt mit dem Südlink. Denen eine Stimme geben, die sich im globalen Süden gegen Ausbeutung und Umweltzerstörung einsetzen und für Demokratie und gleiche Rechte für alle kämpfen, ist ein zentrales Anliegen für unser

Magazin - seit nunmehr 200 Ausgaben.

Wenn dies auch in Ihrem Sinne ist, dann bleiben Sie uns treu und empfehlen uns weiter. Dies wünscht sich und Ihnen



Michael Krämer